

Protokoll Paritätisches Fachgespräch 25./26.01.24

Dr. Pietsch/BMG: „Aktuelle sucht- und drogenpolitische Vorhaben der Bundesregierung, u.a. Cannabisregulierung

1. Cannabisregulierung:

Gesetzentwurf war im Stadion des Kabinettsentwurfs

Inhalte: Anbauvereinigungen; ab 18 Jahre, Werbeverbot, Schutzzonen im Bereich im Umfeld von Schulen und Jugendeinrichtungen, gesetzliche Festschreibung von Prävention durch die BZgA, Präventionsmittel sind noch einmal aufgestockt worden, über 19 Mio €, 4 Mio mehr als letztes Jahr

Änderungen durch Koalitionsparteien:

weitergehende Entkriminalisierung des Eigenanbaus / 50 Gramm

Größe der Schutzzonen verringert auf 100 m

Neuregelung zur Möglichkeit des Absehens von Strafe bei geringer Besitzmenge

Bis 31.03. sollen mit Hilfe einer Kommission im Verkehrsministerium Grenzwerte für Cannabis im Straßenverkehr festgelegt werden.

Gesetz soll in der 2. Februarhälfte beschlossen werden im Bundestag!

Säule 2: regionale 5-jährige Modellvorhaben mit Anbauvereinigungen mit Lieferketten: Idee: kommerzieller Anbau und nicht kommerzielle Abgabe, z.B. kommunal finanziert

Suchthilfe soll sich hier einbringen! Ziele: Gesundheitsschutz und bessere Prävention

2. Drug-Checking

Rechtliche Voraussetzungen für Drug-Checking wurden 2023 geschaffen: Länder müssen nun Verordnungen erlassen. Teilweise gute Initiativen, teilweise Widerstände

3. Alkohol:

Stärkung Jugendschutz; begleitetes Trinken soll eingeschränkt werden

Hier wäre Unterstützung erwünscht!

Ziel: Anhebung Jugendschutzgrenze

4. Alkoholwerbung

Weitere Grenzen Jugendschutzalter erhöhen, Alkoholwerbung und -Marketing untersagen, letzteres ist Innerhalb der Koalition schwierig, zuständig ist das Familienministerium. **Auch hier wird Unterstützung durch die Verbände gewünscht, Bundesratsinitiativen wären hilfreich!**

5. Nikotin

Sponsoringverbot für Nikotinprodukte ist derzeit nicht mehrheitsfähig, Lücken müssen geschlossen werden.

Mehr Unterstützung für Rauchende; BZgA Ausstiegskampagne Rauchstopp – diese sollen die Einrichtungen bitte bewerben.

6. Verhaltensabhängigkeiten

Regulatorischen Aufgaben nachkommen, Verhaltensabhängigkeiten soll mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, v.a. Glückspielbereich.

Initiative des Bundesjustizministeriums im Bereich Gesetz zur Modernisierung des Strafrechts: Entkriminalisierung Illegales Glücksspiel nein
Entkriminalisierung Spieler*innen illegaler Spiele ja

Evaluation des Glücksspielstaatsvertrags in den Ländern; Ziel wäre mehr Regulierung der Werbung, insbes. der Sportwettenwerbung

Für uns ggf. wichtige Punkte der anschließenden Diskussion:

Cannabis, Menge für Eigenanbau (50g) viel zu gering

Medizinisches Präventionsinstitut – Medizinalisierung – soziale Aspekte werden ausgeklammert

Georg Wurth/Hanfverband: Gemeinsam stark für Gesundheit und Konsumkompetenz – Die Kooperation von Anbeivereinigungen und Drogenberatung im Kontext von Cannabis

Man muss den Fokus verändern, weg von den Problemkonsument*innen, unproblematisch Konsumierende seien die Mehrheit.

Cannabis sei im Vgl. zu Alkohol und Tabak wesentlich ungefährlicher.

Fokus liegt auf Entkriminalisierung der Konsument*innen, das sei ein Bürgerrechtsthema.

Jährlich 180 Ts Strafverfahren wegen Konsum, nicht Handel.

Konsum ist kein moralisches Vergehen und er ist nicht gesellschaftsschädigend.

Entkriminalisierung soll unabhängig von Prävention stattfinden, jede Teilreform ist besser als nichts, Strafverfolgung entzweit.

Kritik an den Obergrenzen und dem geplanten Konsumverbot in den Anbauclubs – welche Aufgabe sollen dann die Präventionsbeauftragten der Clubs haben?

Schutzzone mit den geplanten Distanzen seien sinnlos, Sichtweite wäre zielführend

Bei Distanzunterschreitungen können hohe Bußgelder, bis 30 Ts €, verhängt werden – unverhältnismäßig, wenn man sich die Bußgelder in der Straßenverkehrsordnung anschaut

Außerdem ist das Konsumverbot innerhalb der Schutzzonen eine Verschlechterung, denn das gab es vorher nicht.

Wer darf in die geschäftsführenden Vorstände der Anbauvereine? Sicher nicht die die am besten geeignet und Expert*innen sind, denn die sind wahrscheinlich wegen Cannabisbesitz vorbestraft

Vorschlag: Hanfverband schreibt Brief an die SPD, fdr+ unterstützt

München/Hannover 07.02.2024

Gez. Eva Egartner/Carola Bau